



Landespressestelle Vorarlberg

informiert

Pressekonferenz – 28. Juni 2013

**"Ergebnisse der
Landesagrarreferentenkonferenz
und Positionierung zu den
GAP-Verhandlungen"**

mit

Bundesminister DI Niki Berlakovich

Landesrat Ing. Erich Schwärzler

(Agrarreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Generalsekretär DI August Astl

(Landwirtschaftskammern Österreich)

Ergebnisse der Landesagrarreferentenkonferenz

Pressekonferenz, 28. Juni 2013

Im Rahmen der Landesagrarreferentenkonferenz finden vierteljährlich wichtige Beratungen auf beamteter und politischer Ebene zwischen den Ländern und dem Bund im Agrarbereich statt und werden Entscheidungen für künftige Weichenstellungen zu spezifischen Themenkomplexen getroffen. So auch bei der Konferenz, die auf Einladung des Bundeslandes Vorarlberg am 28. Juni 2013 in der Marktgemeinde Bezau abgehalten wurde.

An dieser Tagung, die von Agrarlandesrat Erich Schwärzler geleitet wurde und an der Landwirtschafts- und Umweltminister Nikolaus Berlakovich und Vertreter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie der Bundesländer teilnahmen, berichtete Bundesminister Berlakovich über aktuelle agrarpolitische Themen und die aktuellen Ergebnisse der Verhandlungen der EU-Landwirtschaftsminister mit dem EU-Parlament und der EU-Kommission über die Reform der Europäischen Agrarpolitik und die neue Förderprogrammperiode 2014-2020:

Die EU-Agrarminister haben sich am 26. Juni 2013 in Luxemburg über die Zukunft der europäischen Landwirtschaft für die nächsten sieben Jahre bis 2020 geeinigt. Das Europaparlament hatte erstmals Mitspracherecht und hat der Reform in Brüssel zugestimmt.

Der erzielte Kompromiss bleibt in manchen Bereichen hinter den allgemeinen Erwartungen zurück. Österreich hat sich aber mit seinen Kernanliegen durchgesetzt. Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich: "Viele Bereiche, die für Österreich wichtig sind, haben wir in harten und zähen Verhandlungen in eine positive Richtung bewegt. Wir haben mit einem Budget von minus 2,8 Prozent eine akzeptable Grundlage.

Bei der Anerkennung der österreichischen Umweltsleistungen beim Greening haben wir uns gegen das EU-Parlament durchgesetzt. Dabei wird es keine Doppelförderung geben – höherwertige Umweltsleistungen aus dem österreichischen Umweltprogramm ÖPUL werden aber sehr wohl berücksichtigt. Statt fünf Prozent der Flächen still legen zu müssen, können wir auf ökologischen Vorrangflächen Eiweißpflanzen anbauen und so unsere Importabhängigkeit von Soja aus Übersee verringern.

Mit einem Junglandwirtebonus schaffen wir Impulse für junge Menschen. Für Kleinlandwirte konnten wesentliche Bürokratierleichterungen und Vereinfachungen durchgesetzt werden. Wir haben aber auch unser Bergbauernprogramm erfolgreich verteidigt und können so unsere wichtige Berglandwirtschaft absichern.

Die GAP-Reform stellt insgesamt sicher, dass aktive Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft eine flächendeckende, wettbewerbsfähige, nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft betreiben können". Maßstab für Berlakovich ist der bäuerliche Familienbetrieb und nicht die Agrarindustrie: "Ich habe für die Weiterführung des Wegs der österreichischen Landwirtschaft gekämpft. Ich will eine produzierende Landwirtschaft mit ökologischer Verantwortung. Denn es geht auch um die Zukunft der Bergbauern, Biobauern und Nebenerwerbsbauern".

Auch der Lebensmittelproduktion und Ernährungssicherheit kommt die GAP-Reform entgegen. "Das ist ein Versprechen der Landwirtschaft an die Konsumentinnen und Konsumenten und eine klare Zusage. Sie können auch in Zukunft damit rechnen, dass sie mit sicheren Lebensmitteln von hoher Qualität und leistbaren Preisen ausreichend versorgt werden," so Niki Berlakovich.

Die GAP-Reform bringt auch Kürzungen für Großbetriebe bei den Direktzahlungen ab 150.000 Euro. "Trotz des heftigen Widerstands einiger Mitgliedsstaaten wollten wir hier einen Schritt weiter gehen und haben eine verpflichtende Kürzung gefordert. Mit dem gewonnenen Geld wollen wir Klein- und Mittelbetriebe unterstützen", unterstreicht der Minister.

Agrarlandesrat Erich Schwärzler dankt Bundesminister Niki Berlakovich für seinen intensiven Einsatz auf EU-Ebene, "wodurch das Fundament zur Weiterentwicklung der Zukunft des Arbeitsplatzes und Familienunternehmens Bauernhof sowie des ländlichen Raumes für die nächsten Jahre gelegt worden ist. Bei der Umsetzung der neuen Agrarpolitik ist besonders darauf zu achten, dass diese nicht zu mehr, sondern vielmehr zu weniger Bürokratie und Auflagen führt."

Hochwasserschutz: Österreich Stück für Stück sicherer machen

Die Landwirtschaft war auch in besonderem Ausmaß vom Hochwasser betroffen. Die Bundesregierung hat darauf reagiert und ein Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“ in der Höhe von zwei Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre beschlossen. Dieses soll in Abstimmung mit den Ländern ab 2014 umgesetzt werden. Dazu Minister Berlakovich: „Unser Ziel ist es, die Hochwasserschutzeinrichtungen möglichst rasch auszubauen und noch sicherer zu machen. Das schützt einerseits die Menschen und ihr Hab und Gut und belebt andererseits die Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den Regionen bzw. die Konjunktur.“

Saatgutverordnung muss Vielfalt und regionalen Handel erhalten

Thema war auch die Saatgutverordnung. Der Minister und die Agrarreferenten der Länder sprachen sich klar gegen Mehrbelastungen für die Produzenten von Saat- und Pflanzgut und für den Erhalt der genetischen Vielfalt aus. Die traditionellen alten Sorten und der regionale Handel auf Pflanzenmärkten dürfen nicht gefährdet werden.

Weitere Beschlüsse: Ländlichen Raum zukunftsfähig gestalten

Weiters haben die Landesagrarreferenten insbesondere zu folgenden Inhalten beraten und erforderliche Beschlüsse gefasst:

Urlaub am Bauernhof: Angebote und Leistungen der rund 10.000 Urlaub am Bauernhof-Betriebe als wirtschaftliche Impulsgeber für die Entwicklung des Ländlichen Raumes; sie sichern rund 23.000 regionale Arbeitsplätze und bringen jährlich rund zwei Millionen Konsumentinnen und Konsumenten mit einem Umsatz von ca. 500 Millionen Euro auf die Bauernhöfe.

Ländliche Entwicklung: Sicherstellung eines geordneten Abschlusses der laufenden Programmperiode 2007-2013 und der Gestaltung des Übergangs zur neuen Periode 2014-2020 insbesondere im Bereich der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten, der Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen sowie sozialer Dienstleistungen.

Alpflächen: Klarstellungen zum Referenzflächensystem; Fortführung der Arbeiten der Fischler-„Sonderkommission Alm“; Berücksichtigung von sechs Prozent Natur- und Landschaftselementen bei der Alpflächenfeststellung. Nachdem die Aufarbeitung der Alpthematik bisher von mehreren Abteilungen im Lebensministerium wahrgenommen wurde, soll in Zukunft ein Hauptverantwortlicher als Ansprechpartner für Alpfragen und Strategien sowie deren Koordination im Lebensministerium zur Verfügung stehen.

Feuerbrand-Strategie: Die Evaluierung der bisherigen Strategie 2009-2013 hat ergeben, dass die Ziele weiter anzustreben sind wie z.B. Erhaltung der regionalen Kernobsterzeugung; mittelfristig Antibiotika-freie Feuerbrandbekämpfung; Suche nach Antibiotika-Alternativen; Information und Beratung zum Thema Feuerbrand-Feuerbrandbekämpfung-Imkerei; Abstimmung von Ansprüchen der Imkerschaft und des Biolandbaus mit den pflanzengesundheitlichen Erfordernissen. Zusätzlich sollen Methoden zur Risikoabschätzung eines möglichen Feuerbrandbefalles weiter ausgebaut werden.

(LARK2013.pku)